

## R-6 Resolution der Kantonalpartei Waadt

### Die schweizerische Demokratie ist nicht käuflich!

Bei den letzten eidgenössischen Wahlen waren die Ausgaben der politischen Parteien besonders unausgeglichen. Während die SP Schweiz über ein Budget von rund einer Million Franken verfügte, um ihre Botschaften zu verbreiten, gab die SVP allein für Plakate und Anzeigen mehr als 16 Millionen Franken aus. Diese Summe stammt von anonymen privaten Spendern und Unternehmen. Diese Spender sind keine Philanthropen. Es handelt sich um private Grossbanken, etwa um multinationale Chemie- und Versicherungskonzerne. Diese Kreise sind gewohnt, dort zu investieren, wo etwas zurückkommt. Die Politik der SVP garantiert ihnen diesen Return on Investment. Man braucht nur zu schauen, mit welchem Eifer diese Partei etwa Parallelimporte von billigeren Medikamenten bekämpft, um sich davon zu überzeugen. Diese Position, die der gewöhnlich wettbewerbsfreundlichen Haltung dieser Partei widerspricht, lässt sich wohl nur durch eine finanzielle Abhängigkeit von den Grossen der Chemie erklären, darunter befindet sich das Unternehmen eines ihrer künftigen Vizepräsidenten.

Die SP Schweiz weigert sich, sich mit den bürgerlichen Parteien auf ein gegenseitiges Überbieten um die Beschaffung von Geldern von Unternehmen einzulassen. Dabei würde sie ihr grösstes Gut verlieren: ihre Unabhängigkeit. Sie kann aber auch nicht zuschauen, wie die anderen Parteien von diesen Finanzierungen profitieren, die oft dazu verwendet werden, die öffentliche Meinung zu manipulieren und ihre Themen durchzusetzen. Wenn wir verhindern wollen, dass unsere beispielhafte Demokratie nach und nach legal korrumpiert wird, muss das Tabu der Finanzierung der politischen Parteien gebrochen werden.

Damit diese Diskussion vorankommt, braucht das Parlament einen Impuls vom Volk, denn bisher sind alle Schritte der SP Schweiz, um eine Lösung für dieses ernsthafte Problem zu finden, von der bürgerlichen Mehrheit der Räte begraben worden.

Deshalb beauftragt der Parteitag der SP Schweiz die GL, bis zum ordentlichen Parteitag vom Oktober 2008 einen Bericht vorzulegen, wie eine allfällige Volksinitiative, welche die Transparenz und das Prinzip der Plafonierung bei den Ausgaben der politischen Parteien in der Bundesverfassung festlegt, aussehen könnte. Für Verstösse gegen diese Regeln müssten entsprechende Sanktionen vorgesehen werden.

**Empfehlung des Präsidiums:** Annehmen

**Beschluss Parteitag:**